



Eisenbahn-Bundesamt

Außenstelle
Köln
Werkstattstrasse 102
50733 Köln
Az: 60121/601pä/008-2014#008
Datum: 10.7.2014

2. Planänderung nach § 18d AEG

i.V.m. § 76 Abs. 2 und 3 VwVfG

zum Planfeststellungsbeschluss nach § 18 AEG

über

den Neubau der S13 Troisdorf - Bonn-Oberkassel

Planfeststellungsabschnitt 3, (Bonn-Vilich)

Strecke 2695 (Troisdorf - Bonn-Oberkassel)

km 6,870 – 9,600

Vorhabenträgerin:
DB Netz AG – RB West
Hansastraße 15
47058 Duisburg

DB Station & Service AG – RB West
Willi-Becker-Allee 11
40227 Düsseldorf

vertreten durch
DB ProjektBau GmbH – RB West
Hermann-Pünder-Str. 3
50679 Köln

Inhaltsverzeichnis

A. Entscheidung und Nebenbestimmungen

- I. Planänderung
- II. Gegenstand der Planänderung
- III. Bestandteile der Planänderung

B. Nebenbestimmungen

C. Hinweise

D. Begründung

- I. Sachverhalt
- II. Zuständigkeit
- III. Verfahrensablauf
 - 1. Antrag auf Planänderung
 - 2. Beteiligung der Behörden, Träger öffentlicher Belange, anderer Stellen und Betroffenen
- IV. Rechtliche Bewertung
 - 1. Planrechtfertigung
 - 2. Voraussetzungen für die Erteilung einer Planänderung
 - 3. Bewertung der Stellungnahmen und Abwägung der von dem geänderten Vorhaben betroffenen öffentlichen und privaten Belange einschließlich der Umweltverträglichkeit

E. Rechtsbehelfsbelehrung

A. Entscheidung

I. Planänderung

Der geänderte Plan über den Neubau der S13 Troisdorf - Bonn-Oberkassel, Planfeststellungsabschnitt 3, (Bonn-Vilich); Strecke 2695 (Troisdorf - Bonn-Oberkassel), km 6,870 – 9,600 wird hiermit nach Abwägung aller relevanten Belange gem. § 18d Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG) vom 27.12.1993 (BGBl. I S. 2378, 2396, 1994 I S. 2439) i. V. m. § 76 Abs. 2 und 3 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) vom 23.01.2003 (BGBl. I S. 102) in jeweils gültiger Fassung genehmigt.

Berechtigte und Verpflichtete aus dieser Planänderung ist die DB ProjektBau GmbH, Hermann-Pünder-Straße 3, 50679 Köln.

Der Umfang dieser Planänderung ergibt sich aus den als Anlagen beigefügten Unterlagen.

II. Gegenstand der Planänderung

1. Allgemeines

Gegenstand der Ursprungsmaßnahme war der Neubau der S13 Troisdorf - Bonn-Oberkassel, Planfeststellungsabschnitt 3, (Bonn-Vilich); Strecke 2695 (Troisdorf - Bonn-Oberkassel), km 6,870 – 9,600. Für das Vorhaben wurde am 24.02.2011 ein Planfeststellungsbeschluss nach § 18 AEG unter dem Aktenzeichen 60121/60101 Pap 629/03 erteilt. Für das Vorhaben wurde am 11.07.2013 der 1. Planänderungsbeschluss nach §76 Abs. 2 und 3 VwVfG unter dem Az.: 60121-601 pps/002-2316#005 erteilt.

2. Beschreibung der Planänderung

Begründung für die geänderte Planung

Der Planfeststellungsbeschluss vom 24.02.2011 für den PFA 3 zum Projekt „S13 Troisdorf Bonn-Oberkassel“ sieht auf dem Kreuzungsbauwerk Straßenüberführung B 56, Sankt Augustiner Straße, auf der südlichen Seite lediglich einen Weg mit einer Breite $b = 1,50$ m vor.

Wesentliche Änderungen im Umfeld des Kreuzungsbauwerkes (z. B. die Entstehung eines Neubaugebietes) und die aus verkehrsplanerischen Zielvorgaben gebotene Schließung eines bestehenden Radwegenetzes erfordern in einem 1. Abschnitt den Bau eines kombinierten Rad- und Fußweges mit einer Breite $b=2,50$ m entlang der Bundesstraße B 56 von der Gartenstraße bis in Höhe der Schevasfesstraße.

Somit liegt der 1. Bauabschnitt des kombinierten Fuß- und Radwegenetzes auch im Bereich des Kreuzungsbauwerkes B 56.

Dadurch entstehen die im Folgenden zusammengestellten Änderungen (Hinweis: die Anlagenummern beziehen sich auf die Anlagen zu Planfeststellung):

Zu Anlage 1: Erläuterungsbericht, Teil II

- Inhaltsverzeichnis
Ergänzung um den Abschnitt 11 („Rechtswirkung der Planfeststellung“)
- Punkt 3.1.1 Gleisanlagen
Im letzten Absatz: Index zur Anlage 12
- Punkt 3.2.7 Straßenüberführung StrÜ B 56, km 8,806
Im dritten Absatz: Angaben zu den Stützweiten, lichten Weiten und zum Kreuzungswinkel. Ergänzende Hinweise zum Zwischenaufleger.
Im vierten Absatz: Angaben zur Himmelsrichtung und zur Entwässerung
Im letzten Absatz: Angaben zu den Stützweiten und lichten Weiten
- Punkt 3.4.4 Sankt-Augustiner-Straße B 56, km 8,805
Im zweiten Absatz: Hinweis auf den kombinierten Fuß- und Radweg, Angaben zur lichten Weite
- Im dritten Absatz: Angabe zur Entwässerung, Hinweis auf den kombinierten Fuß- und Radweg
Im vierten Absatz: Angaben zur Himmelsrichtung und zur Entwässerung
- Im siebten Absatz: Index zur Anlage 7.7.1
- Im achten Absatz: Index zur Anlage 7.7.4
- Im neunten Absatz: Hinweis auf den Rückbau des im Jahr 2009 zwischen der Gartenstraße und dem Kreuzungsbauwerk Straßenüberführung B 56 hergestellten Gehweges
- Punkt 6.1 Entwässerung
Im ersten Absatz: Index zur Anlage 12
- Punkt 11 Rechtswirkung der Planfeststellung
Abschnitt im Erläuterungsbericht neu aufgenommen

Zu Anlage 4, Lagepläne

- Anlage 4.3 D
Kombinierter Fuß- und Radweg auf dem Kreuzungsbauwerk Straßenüberführung B 56; Kombinierte Fuß- und Radweg außerhalb des Kreuzungsbauwerkes Straßenüberführung B 56 (nachrichtlich)
Eingrenzung des Umfangs zur Planänderung auf Antrag der DB AG

Zu Anlage 6, Bauwerksverzeichnis

- Seite 1, Nr. 001, 002, 003 und 004
Index zur Anlage 4.3
- Seite 2, Nr. 005
Index zur Anlage 4.3
- Seite 4, Nr. 108 und 109
Index zur Anlage 4.3
- Seite 5, Nr. e11e2 und 113
Index zur Anlage 4.3
- Seite 6, Nr. 114, 115, 116 und 117
Index zur Anlage 4.3
- Seite 7, Nr. 118, 119, 120, 121 und 122
Index zur Anlage 4.3
- Seite 8, Nr. 123, 124, 125 und 126
Index zur Anlage 4.3
- Seite 9, Nr. 127, 128, 129 und 130
Index zur Anlage 4.3
- Seite 10, Nr. 131 und 132
Index zur Anlage 4.3
- Seite 10, Nr. 133
Index zur Anlage 4.3
Hinweis auf den kombinierten Fuß- und Radweg
Angaben zur lichten Weite und zum Kreuzungswinkel
- Seite 11, Nr. 134, 135, 136 und 137
Index zur Anlage 4.3
- Seite 12, Nr. 138
Index zur Anlage 4.3
- Seite 13, Nr. 145
Index zur Anlage 4.3
- Seite 16, Nr. 210, 211 und 212
Index zur Anlage 4.3
- Seite 17, Nr. 213, 214, 215, 216, 217 und 218
Index zur Anlage 4.3
- Seite 18, Nr. 219, 220 und 223
Index zur Anlage 4.3
- Seite 19, Nr. 224, 225, 226 und 227
Index zur Anlage 4.3
- Seite 20, Nr. 228, 229 und 233
Index zur Anlage 4.3
- Seite 20, Nr. 230
entfällt
- Seite 21, Nr. 234, 235, 236, und 237
Index zur Anlage 4.3
- Seite 22, Nr. 244
Index zur Anlage 4.3
- Seite 23, Nr. 303 und 306
Index zur Anlage 4.3
- Seite 24, Nr. 307, 308, 309, 310, 311 und 312
Index zur Anlage 4.3
- Seite 25, Nr. 314, 315, 316 und 317
Index zur Anlage 4.3
- Seite 26, Nr. 318, 319 und 320
Index zur Anlage 4.3
-

zu Anlage 7, Bauwerkspläne

- Anlage 7.7.1
Anlage 7.7.1 B als Ersatz für Anlage 7.7.1 A
- Anlage 7.7.2
Anlage 7.7.2 B als Ersatz für Anlage 7.7.2 A
- Anlage 7.7.3
Anlage neu
- Anlage 7.7.4
Anlage neu
- Anlage 7.7.5
Anlage neu

zu Anlage 12, Wasserrechtliche Erlaubnis

- Seite 14
Versicherungsmulde Bauwerksnummer 230 entfällt
- Seite 60
Versicherungsmulde Bauwerksnummer 230 entfällt
- Seite 61
Versicherungsmulde Bauwerksnummer 230 entfällt

III. Bestandteile der Planänderung

Bestandteil der Planänderung sind nur die Pläne der Planfeststellungsunterlagen in denen Änderungen vorgenommen worden sind.

Anlage Nr.	Titel	Maßstab
0	Inhaltsverzeichnis	
1 E	Erläuterungsbericht	
4	Lagepläne	
4.3 D	Lageplan km 8,330 – 9,130	1:1000
6 E	Bauwerksverzeichnis	
7	Bauwerkspläne (km DB-Strecke 2695)	
7.7	Straßenüberführung B56, km 8,806	
7.7.1 B	Draufsicht	1:100
7.7.2 B	Ansicht und Schnitt A-A	1:100
7.7.3	Schnitte und Details	1:100/1:50/1:25
7.7.4	Höhenplan	1:500/50
7.7.5	Ausbauquerschnitte	1:50
12	Wasserrechtliche Erlaubnis	
12 E	Wasserrechtliche Erlaubnis	

B. Nebenbestimmungen

Die Nebenbestimmungen des Planfeststellungsbeschlusses vom 24.02.2011, Az.: 60121/60101 Pap 629/03 und des 1. Planänderungsbeschlusses vom 11.07.2013 – 60121-601pps/002-2316#005, gelten fort.

Dies gilt insbesondere für alle Schutzmaßnahmen für wandernde Tierarten einschließlich der zu diesem Zweck genehmigten technischen Anlagen.

C. Hinweise

Die Hinweise zum Planfeststellungsbeschlusses vom 24.02.2011, Az.: 60121/60101 Pap 629/03 und des 1. Planänderungsbeschlusses vom 11.07.2013 – 60121-601pps/002-2316#005, gelten fort.

D. Begründung

I. Sachverhalt

Durch die Berücksichtigung bzw. Anpassung der Bestellung sowie aus dem Planfeststellungsbeschluss wurde folgende Planänderung notwendig:

Der Planfeststellungsbeschluss vom 24.02.2011 für den PFA 3 zum Projekt „S 13 Troisdorf Bonn-Oberkassel“ sieht auf dem Kreuzungsbauwerk Straßenüberführung B 56, Sankt Augustiner Straße, auf der südlichen Seite lediglich einen Weg mit einer Breite = 0 1,50 m vor.

Wesentliche Änderungen im Umfeld des Kreuzungsbauwerkes (z. B. die Entstehung eines Neubaugebietes) und die aus verkehrsplanerischen Zielvorgaben gebotene Schließung eines bestehenden Radwegenetzes erfordern in einem 1. Abschnitt den Bau eines kombinierten Rad- und Fußweges mit einer Breite $b = 2,50$ m entlang der Bundesstraße B 56 von der Gartenstraße bis in Höhe der Schevasfesstraße.

Somit liegt der 1. Bauabschnitt des kombinierten Fuß- und Radwegenetzes auch im Bereich des Kreuzungsbauwerkes B 56.

II. Zuständigkeit

Für die Erteilung der Genehmigung der Planänderung gemäß § 18d AEG i. V. m. § 76 Abs. 2 und 3 VwVfG ist das Eisenbahn-Bundesamt gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 1 i. V. m. Abs. 2 Satz 2 BEVVG zuständig, da es sich um die Änderung einer Betriebsanlage einer Eisenbahn des Bundes, nämlich der DB Netz AG, handelt.

III. Verfahrensablauf

1. Antrag auf Planänderung

Die DB ProjektBau GmbH hat mit Schreiben vom 16.06.2014 den Antrag auf Planänderung für den Neubau der S13 Troisdorf - Bonn-Oberkassel, Planfeststellungsabschnitt 3, (Bonn-Vilich); Strecke 2695 (Troisdorf - Bonn-Oberkassel), km 6,870 – 9,600, gestellt.

2. Beteiligung der Behörden, Träger öffentlicher Belange, anderer Stellen und Betroffenen

Da der Kreis der Träger öffentlicher Belange und der Betroffenen bekannt war, konnte auf eine Offenlage der Antragsunterlagen verzichtet werden (§ 76 Abs. 2 i. V. m. Abs. 3 VwVfG).

Mit den eingereichten Ausfertigungen der Planunterlagen wurden die folgenden Träger öffentlicher Belange beteiligt und um Stellungnahme zu dem Vorhaben gebeten

- Stadt Bonn
- Landesbetrieb Straßenbau NRW – Regionalniederlassung Vile-Eifel

IV. Rechtliche Bewertung

1. Planrechtfertigung

in der Konzeption für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) im Gebietsentwicklungsplan (GeP) für den Teilabschnitt Region Bonn (Kreisfreie Stadt Bonn und Rhein-Sieg-Kreis) bzw. der Stadt Bonn sind die grundsätzlichen Zielsetzungen und Argumente einer Verbesserung des schienengebundenen öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) mit aufgeführt.

Die Gebietsentwicklungspläne legen auf Grundlage des Landesentwicklungsprogramms und des landesentwicklungsplanes 8LEP) die regionalen Ziele der Raumordnung für die

Entwicklung der Regierungsbezirke und für alle raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen im Planungsgebiet fest.

Darunter fällt unter anderem auch der S-Bahn-Ausbau bzw. die Erweiterung bestehender Strecken im Raum Bonn und Rhein-Sieg. Die vorhandene Strecke Nr. 2324 ist im Planteil des GEP als Bestand- und Bedarfsplanmaßnahme für „Schienenwege für den Hochgeschwindigkeitsverkehr“ und sonstigen großräumigen Verkehr (S-Bahn)“ dargestellt.

Weiterhin ist eine S-Bahnmäßige Verknüpfung der Städte Köln und Bonn mit dem Köln-Bonner Flughafen „Konrad-Adenauer“ ein wesentlicher Bestandteil der im Zuge des Umzuges des Parlaments von Bonn nach Berlin geschlossenen Vereinbarung über die Ausgleichsmaßnahmen für die Region Bonn vom 29. Juni 1994.

2. Voraussetzungen für die Erteilung einer Planänderung

Betriebsanlagen einer Eisenbahn dürfen nur gebaut oder geändert werden, wenn der Plan zuvor festgestellt worden ist (§ 18 Satz 1 AEG).

Zu den Betriebsanlagen einer Eisenbahn i. S. d. § 18 AEG gehören die Grundstücke, Bauwerke und sonstigen ortsfesten Einrichtungen der Eisenbahn, soweit sie unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse zur Abwicklung oder Sicherung des Reise- oder Güterverkehrs auf der Schiene erforderlich sind.

Die im vorliegenden Antrag beschriebenen Anlagen unterliegen der Zuständigkeit des Eisenbahn-Bundesamtes, da sie der Abwicklung des Verkehrs auf der Schiene dienen.

Die Vorhabenträgerin hat ein Planänderungsverfahren beantragt, da aufgrund der Berücksichtigung bzw. Anpassung aus dem Hauptverfahren sich folgende Änderungen ergeben:

Der Planfeststellungsbeschluss vom 24.02.2011 für den PFA 3 zum Projekt „S 13 Troisdorf Bonn-Oberkassel“ sieht auf dem Kreuzungsbauwerk Straßenüberführung B 56, Sankt Augustiner Straße, auf der südlichen Seite lediglich einen Weg mit einer Breite = 0 1,50 m vor.

Wesentliche Änderungen im Umfeld des Kreuzungsbauwerkes (z. B. die Entstehung eines Neubaugebietes) und die aus verkehrsplanerischen Zielvorgaben gebotene Schließung eines bestehenden Radwegenetzes erfordern in einem 1. Abschnitt den Bau eines kombinierten Rad- und Fußweges mit einer Breite $b = 2,50$ m entlang der Bundesstraße B 56 von der Gartenstraße bis in Höhe der Schevasfesstraße.

Somit liegt der 1. Bauabschnitt des kombinierten Fuß- und Radwegenetzes auch im Bereich des planfestgestellten Kreuzungsbauwerkes B 56.

Ein Planänderungsverfahren nach § 76 VwVfG findet nur statt, wenn ein bereits zugelassener Plan geändert werden soll, bevor das Vorhaben fertig gestellt worden ist.

Die Planänderung hat sich nach Erteilung des Planfeststellungsbeschlusses durch Bescheid vom 24.02.2011 ergeben. Mit der Baudurchführung wurde noch nicht begonnen.

Da nach Genehmigung aber vor Fertigstellung des Vorhabens beantragt wurde, den zugelassenen Plan zu ändern, ist gemäß § 76 Abs. 1 VwVfG grundsätzlich ein neues Planfeststellungsverfahren durchzuführen.

Eine Planänderung i. S. d. § 76 VwVfG liegt begrifflich nur vor, wenn der festgestellte Plan geändert wird, die Identität des Vorhabens jedoch weiterhin gewahrt ist.

Eine Planänderung liegt vor, da das genehmigte aber noch nicht fertig gestellte Vorhaben hinsichtlich der o. g. Darstellung geändert wird. Die Grundzüge der ursprünglichen Planung bleiben erhalten. Die Änderungen der Planung sind nicht so grundlegend, dass es sich um ein andersartiges oder neues Vorhaben handeln würde, die Identität des Vorhabens bleibt gewahrt.

Von der Durchführung eines neuen Planfeststellungsverfahrens kann nach § 76 Abs. 2 VwVfG abgesehen werden, wenn es sich um eine Planänderung von unwesentlicher Bedeutung handelt und die Belange anderer nicht berührt werden oder die Betroffenen der Änderung zugestimmt haben.

Die Planänderung ist von unwesentlicher Bedeutung, da Umfang, Zweck und Gesamtwirkung des Vorhabens im Wesentlichen unverändert bleiben und die Ausgewogenheit der Gesamtplanung nicht berührt wird. Dies ist hier der Fall.

Gegenüber der bisher genehmigten Planung werden bestimmte räumlich und sachlich abgrenzbare und feststellbare Anlagen geändert. Die zu ändernden Maßnahmen lassen den Abwägungsvorgang und das Abwägungsergebnis des bereits erteilten Planfeststellungsbeschlusses unberührt.

Die erneute Durchführung eines Planfeststellungsverfahrens ist bei Planänderungen von unwesentlicher Bedeutung entbehrlich, wenn zwar die Belange anderer berührt werden, die Betroffenen jedoch den Änderungen zugestimmt haben.

Durch die Planänderung werden Belange Dritter bzw. die Aufgabenbereiche anderer Behörden berührt.

Aufgrund des Gegenstandes und der Regelungsinhalte der Planänderung und der vorliegenden Stellungnahmen ist es geboten, nach § 76 Abs. 3 VwVfG zu verfahren und das dort vorgesehene verkürzte Planfeststellungsverfahren durchzuführen.

Das Verfahren wird im Hinblick auf die unwesentliche Bedeutung der Planänderung dadurch vereinfacht, dass es keines Anhörungsverfahrens - insbesondere keiner Auslegung des Plans und keines Erörterungstermins (vgl. § 18d AEG) - und keiner öffentlichen Bekanntgabe des Beschlusses bedarf.

Das Eisenbahn-Bundesamt ist nach Prüfung der Unterlagen zu dem Ergebnis gekommen, dass keine Umweltverträglichkeitsprüfung nach § 3a Abs. 1 UVPG erforderlich ist.

Nach § 3c Abs. 1 UVPG ist in einer Einzelfallprüfung zu entscheiden, ob mit dem Vorhaben entscheidungserhebliche nachteilige Umweltauswirkungen verbunden sind.

Aufgrund der von der Vorhabenträgerin vorgelegten Unterlagen und der in Anspruch genommenen Örtlichkeit konnte das ausgeschlossen werden.

3. Bewertung der Stellungnahmen und Abwägung der von dem geänderten Vorhaben berührten öffentliche und privaten Belange einschließlich Umweltverträglichkeit

Nach Abwägung aller Umstände und insbesondere der Aufnahme der Nebenbestimmungen überwiegen die öffentlichen Interessen, die für die Baumaßnahme sprechen, die öffentlichen und privaten Belange, die gegen die Umsetzung der Maßnahme spre-

chen könnten. Die beantragten Maßnahmen sind geeignet und geboten, das Planungsziel zu erreichen.

Die notwendigen Änderungen, die seitens Straßen NRW und der Stadt Bonn gefordert wurden, sind in den Unterlagen berücksichtigt worden.

E. Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen den vorstehenden Beschluss kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Klage beim

Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen
Aegidiikirchplatz 5
48143 Münster

erhoben werden.

Die Klage ist beim Gericht schriftlich zu erheben. Die Klage muss den Kläger, die Beklagte (Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, dieses vertreten durch den Präsidenten des Eisenbahn-Bundesamtes, Außenstelle Köln, Werkstattstraße 102, 50733 Köln) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen.

Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten.

Der Kläger hat innerhalb einer Frist von sechs Wochen die Tatsachen, durch deren Berücksichtigung oder Nichtberücksichtigung im Verwaltungsverfahren er sich beschwert fühlt, anzugeben. Erklärungen und beweismittel, die erst nach Ablauf dieser Frist vorgebracht werden, können durch das Gericht zurückgewiesen werden.

Vor dem Oberverwaltungsgericht müssen die Beteiligten, außer im Prozesskostenhilfverfahren, durch Prozessbevollmächtigte vertreten lassen. Als Prozessbevollmächtigte sind Rechtsanwälte oder Rechtslehrer sowie die sonst nach §67 Abs. 2 S. 1 und 2 VwGO genannten Personen und Organisationen, zugelassen. Behörden und juristische Personen des öffentlichen Rechts einschließlich der von ihnen zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben gebildeten Zusammenschlüsse können sich durch Beschäftigte mit Befähigung zum Richteramt oder durch Beschäftigte mit Befähigung zum Richteramt anderer Behörden oder und juristischer Personen

des öffentlichen Rechts einschließlich der von ihnen zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben gebildeten Zusammenschlüsse vertreten lassen.

Prozessbevollmächtigte können auch Diplom-Juristen sein, die nach dem 03.10.1990 zum Richter, Staatsanwalt oder Notar ernannt, im höheren Verwaltungsdienst beschäftigt oder als Rechtsanwalt zugelassen wurden.

Ein als Bevollmächtigter zugelassener Beteiligter kann sich selbst vertreten.

Beim OVG kann die Klage gemäß der Verordnung über den elektronischen Rechtsverkehr bei den Verwaltungsgerichten und den Finanzgerichten im Lande Nordrhein-Westfalen vom 01.12.2010 auch auf elektronischem Wege erhoben werden.

50733 Köln, den

Eisenbahn-Bundesamt

Außenstelle Köln

60121-601pä/008-2014#008

Im Auftrag